



Antrag

Fraktion DIE LINKE

Verschärfung der (Kinder-)Armut in der Krise verhindern

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass sich die Lebenssituation der in Sachsen-Anhalt von Armut betroffenen Menschen während der andauernden Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie zunehmend verschärft. Dieser Entwicklung muss Einhalt geboten werden.
2. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass
 - a) für Beschäftigte im Niedriglohnbereich das Kurzarbeitergeld unabhängig von der Bezugsdauer auf 100 Prozent angehoben wird,
 - b) der Hartz IV-Regelsatz auf 644 Euro erhöht wird,
 - c) eine Altersgrundsicherung und eine einkommensunabhängige Kindergrundsicherung eingeführt werden und
 - d) bei Durchführung der Corona-Impfung Menschen mit geringem oder keinem Einkommen sowie ohne Krankenversicherung gleichermaßen berücksichtigt werden.
3. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die Schulträger bei der unverzüglichen Ausstattung von Schüler*innen mit digitalen Endgeräten, Druckern und Scannern finanziell zu unterstützen, um einer Benachteiligung von Kindern und Jugendlichen aus einkommensschwachen Familien und damit einer dauerhaften Chancenungleichheit vorzubeugen.

Begründung

Aktuelle Umfragen und Berichte zeigen deutlich, dass die Auswirkungen der Corona-Krise Armut und soziale Ungleichheit verschärfen. Dieser Entwicklung muss dringend Einhalt geboten werden.

Besonders schwer sind Alleinerziehende, Menschen ohne Erwerbstätigkeit oder mit geringfügiger Beschäftigung, kinderreiche Familien sowie Rentner*innen betroffen - nicht zu vergessen die jungen Menschen, die schon jetzt pandemiebedingt in die Arbeitslosigkeit und damit drohende Armut gedrängt werden.

Diese Situation erfordert unverzügliches Handeln, d. h. konkret eine gerechte Umverteilung der vorhandenen finanziellen Ressourcen, die mit den o. g. Maßnahmen vollzogen werden kann.

Thomas Lippmann
Fraktionsvorsitzender